

Prater-Pleite: Gesamtkosten steigen auf 40 Millionen

Für einen Ausgleich mit den Bauunternehmern beschloss Stadtsenat einstimmig zusätzliche 7,9 Millionen

Martina Stemmer

Wien - Der Antrag der SPÖ, weitere 7,9 Millionen Euro an Steuergeldern in den neuen Riesenradplatz zu buttern, wurde am Dienstag vom Wiener Stadtsenat einstimmig angenommen. Auch die ÖVP stimmte zu - schließlich kommt die Finanzspritze einer Reihe von Klein- und Mittelbetrieben zugute.

Sein Okay zu den zusätzlichen Millionen hält VP-Stadtrat Norbert Walter allerdings nicht davon ab, den Rücktritt der für den Prater zuständigen Stadträtin Grete Laska (SP) zu fordern. „Laska hat vergurkt, was nur zu vergurken war.

Daher ist ihr Rücktritt unausweichlich“, sagt Walter. Insgesamt flossen mit den 7,9 Millionen, die aufgrund des Konkurses des Generalbauunternehmers für einen Ausgleich nötig wurden, 40 Millionen Euro in das Projekt. Ursprünglich waren 32 Millionen für die Kulissenbauten neben dem Riesenrad veranschlagt, 15 Millionen sollte die Stadt Wien lockermachen.

In Auftrag gegeben hat das Projekt die Stadt Wien Marketing Prater Service GmbH, eine 100-Prozent-Tochter der Stadt Wien, sowie die Volksbanken-Tochter Immoconsult. Als der Generalbauunternehmer Explore 5D in Konkurs schlitterte, ließ Laska wissen, dass

sie nichts für die Kleinunternehmer, die für ihre Arbeiten am Projekt noch kein Geld gesehen hatten, tun könne. Als sich die Kritik an ihrem Vorgehen häufte - Grüne, ÖVP



Warum das neue Prater-Entree die Stadt so viel Geld kostet, prüft derzeit das Kontrollamt. Foto: Corn

und FPÖ brachten einen Misstrauensantrag gegen Laska ein -, gab sie bekannt, von den von der Stadt vorgesehenen 15 Millionen seien ohnehin noch acht Millionen für die Bauunternehmer im Topf. Die sind nun aber offenbar auch schon weg: Laut Laska-Büro wurden die 7,9 Millionen zusätzlich zu den 15 Millionen notwendig, um eine 40-prozentige Ausgleichsquote für die Unternehmer zu erreichen.

„Es ist bis heute ungeklärt, wofür das Gesamtbudget genau verwendet wurde“, sagt die Grünen-Planungssprecherin Sabine Gretner. Ein Kontrollamtsbericht, der voraussichtlich im November fertig wird, soll Klarheit bringen.